

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Anne Helm und Niklas Schrader (LINKE)

vom 09. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. März 2020)

zum Thema:

Polizeieinsatz bei der Gerichtsverhandlung gegen das Hausprojekt Liebig 34 am 15. November 2019 (II)

und **Antwort** vom 20. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Mrz. 2020)

Frau Abgeordnete Anne Helm (LINKE) und Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/22936

vom 09. März 2020

über Polizeieinsatz bei der Gerichtsverhandlung gegen das Hausprojekt Liebig 34 am 15. November 2019 (II)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Formen von personenbezogenen Daten wurden von Besucher*innen und Pressevertreter*innen im Rahmen der Gerichtsverhandlung gegen Vertreter*innen des Hausprojekts Liebig 34 am Berliner Landgericht am 15. November 2019 beispielsweise in Form von Einlasskontrollen aus welchen Gründen am Eingang des Gerichtsgebäudes wie genau erhoben, gespeichert, verarbeitet und an welche anderen Behörden gegebenenfalls weitergeleitet?

Zu 1.:

Auf Anordnung des zuständigen Richters vom 11. November 2019 wurden zum Schutz der Gerichtsverhandlung am 15. November 2019 Einlasskontrollen durchgeführt. Im Rahmen der Einlasskontrollen musste den eingesetzten Justizangestellten ein gültiges Personaldokument vorgezeigt werden. Personenbezogene Daten wurden in diesem Zusammenhang weder notiert noch verarbeitet, gespeichert oder weitergegeben.

Durch die Dienstkräfte der Polizei Berlin wurden zum Zeitpunkt und zum Zwecke der Einlasskontrollen keine personenbezogenen Daten erhoben.

2. Wie viele Personen wurden als Zuschauende tatsächlich in den betreffenden Sitzungssaal e203 eingelassen?

Zu 2.:

Im Saal e203 sind 30 Besucherplätze vorhanden. Während der Verhandlung waren alle Besucherplätze belegt.

3. Wie viele Pressevertreter*innen verblieben nach Kenntnis des Senats nach der Aufforderung an die Besucher*innen der Verhandlung, den Sitzungssaal zu verlassen, weiterhin erlaubt im Sitzungssaal, wurden im Anschluss aber dennoch aus welchen Gründen Ziel polizeilicher Maßnahmen, obwohl sie sich diesen nicht widersetzten? (Bitte ausführen.)

Zu 3.:

Ausweislich des vom zuständigen Richter geführten Protokolls der Gerichtsverhandlung vom 15.11.2019 wurde die Öffentlichkeit infolge massiver Störungen aus dem Zuschauerraum ausgeschlossen. Die genaue Anzahl der im Saal verbliebenen Pressevertreterinnen und Pressevertreter ließ sich nach Rücksprache mit dem zuständigen Richter nicht mehr ermitteln.

Es wurden keine polizeilichen Maßnahmen gegen Personen getroffen, die erkennbar als Pressevertretende tätig waren oder sich vor Ort gegenüber den eingesetzten Dienstkräften der Polizei als Pressevertretende auswiesen.

4. An welchem genauen Ort bzw. welchen genauen Orten wurden die in Antwort auf Frage 1 der Schriftlichen Anfrage 18/21866 genannten 30 Personen durch die eingesetzten Polizeidienstkräfte festgestellt?

Zu 4.:

Die Personen befanden sich im Sitzungssaal e203 des Landgerichts Berlin.

5. Mit welchen konkreten Maßnahmen hat die Polizei sichergestellt, dass sich die Maßnahmen der Identitätsfeststellung und -überprüfung ausschließlich gegen Personen richtete, die den Sitzungssaal nicht freiwillig verlassen wollten oder sich den polizeilichen Maßnahmen widersetzen?

Zu 5.:

Die polizeilichen Maßnahmen richteten sich ausschließlich gegen die 30 Personen im Zuschauerbereich des Sitzungssaals e203, die trotz des Ausschlusses der Öffentlichkeit durch den zuständigen Richter der Aufforderung, den Sitzungssaal zu verlassen, nicht nachkamen. Diese Personen konnten durch die eingesetzten Polizeidienstkräfte zweifelsfrei lokalisiert und von den anwesenden Pressevertretern unterschieden werden.

6. Auf wie viele Personen erstrecken sich jeweils die beiden Deliktvorwürfe der Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte? (Bitte nach Deliktvorwurf getrennt angeben.)

Zu 6.:

Gegen alle 30 Personen wurde der Tatvorwurf des Hausfriedensbruchs und des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte erhoben.

7. Wie viele der von Durchsuchungen betroffenen Personen wurden jeweils von einer männlichen oder weiblichen Polizeidienstkraft durchsucht und wie viele der betroffenen Personen hatten vorab jeweils den Wunsch geäußert, von einer männlichen oder weiblichen Polizeidienstkraft durchsucht zu werden?

Zu 7.:

Es wurden 28 weibliche und 2 männliche Personen durchsucht. Auf eine den jeweiligen Geschlechtern entsprechende Durchführung der Durchsuchungsmaßnahmen wurde geachtet. Die Personen wurden vor Beginn der Maßnahme gefragt, ob sie durch eine männliche oder eine weibliche Polizeidienstkraft durchsucht werden wollen.

8. Zu wie vielen der zwei männlichen Tatverdächtigen lag zum Zeitpunkt der Überprüfung jeweils gegebenenfalls ein Antrag auf Personenstandsänderung zum weiblichen Geschlecht vor?

Zu 8.:

Hierzu lagen der Polizei Berlin zum Zeitpunkt der Durchsuchungsmaßnahmen keine Erkenntnisse vor.

Berlin, den 20. März 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport